

Arbeitsbeschaffungsdebatte im Sächsischen Landtag

Für Arbeit und Brot unter Führung der KPD

Kommunistische Arbeitsbeschaffungsanträge können nur im außerparlamentarischen Kampf realisiert werden. SPD-Manöver zur Täuschung der Massen. Volkstonservativer Abgeordneter erklärt: Nur die Sowjetunion schafft Arbeit

Dresden, 4. Mai 1932

Während die Reichsregierung mit Hochdruck arbeitet, um im Rahmen einer neuen Notverordnung neben Lohn- und Unterhaltungsabbau für Millionen Arbeiter die Zwangsarbeit durch Erweiterung der Arbeitsdienstpflicht einzuführen, die proletarische Jugend gegen ein Tringeld schändlichen Offizieren auszu-liefern, beschäftigt sich der Sächsische Landtag in seiner gestrigen Sitzung mit den kommunistischen Arbeitsbeschaffungsanträgen.

Die Nazis tobten wie die gereizten Rattenhund, als ihnen Gen. Freitenborn bei der Begründung der Anträge die Waage von Gewicht ist. Er führte erneut den erdrückenden Nachweis, daß die Einseitigkeit der Arbeitsdienstpflicht als die Hauptursache der Arbeitslosigkeit in den Betrieben tätig sind und bei allen Lohn- und Arbeitskämpfen der Proletariat als Streikbrecher den Kapitalisten zur Verfügung stehen.

Und was die Arbeitslosen von diesem Landtag und seiner Arbeitsbeschaffung zu erwarten haben, daß zeigte nicht zuletzt ein Antrag der SPD, der einen Appell an die notverordnungsbekämpfende Regierung enthält, im Rahmen der Vorschläge des KPD die Arbeitsbeschaffung zu betreiben. Der Innenminister Schmidt hat durch eine folgerichtige Regierungserklärung demonstriert, in welchem Ausmaß er mit den sozialdemokratischen Stützen seiner Regierung zusammenspielt. Die Regierung schlug vor, unsere kontroversen Anträge im Ausschuss zu begraben, den der SPD aber im Plenum zur Abstimmung zu bringen.

So hat auch diese Sitzung erneut gezeigt, daß die Massen der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter nur unter Führung der KPD und KPD im außerparlamentarischen Kampfen Arbeit und Brot erzwingen können.

Sitzungsbericht

Der Landtag wählte im ersten Punkt der Tagesordnung einen 11gliedrigen

Untersuchungsausschuss zur Überprüfung des Belohnungs-materials über die Schiedsrichter.

Als Vertreter der KPD werden die Genossen Endermann und Schubert in den Ausschuss gewählt.

Arbeitsbeschaffung nur durch streikenden Kampf gegen Kapitalismus möglich

Genosse Freitenborn begründet dann in ausführlicher Rede unsere beiden Anträge, in denen die Durchführung von bereits gefassten Landtagsbeschlüssen über Arbeitsbeschaffung gefordert und zu den staatlichen Handhabungen Stellung genommen wird. Einer der wesentlichsten Programmpunkte zur Arbeitsbeschaffung ist für den Staat heute die Arbeitsdienstpflicht geworden, die von allen Parteien, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten gefordert wird.

Bis vor kurzem mochten es die Nazis noch nicht, in der Öffentlichkeit Propaganda für die Arbeitsdienstpflicht zu machen. Jetzt aber, da es bei ihnen um die Teilhabung an der Regierung geht, erklären sie in ihren Zeitungen und Broschüren ganz offen, daß nur die Arbeitsdienstpflicht helfen könne.

Nur zahlreiches Tatsachenmaterial genügt, weist Genosse Freitenborn unter dem wütenden Beifall der Nazis nach, daß sie als die Hauptursache der Arbeitslosigkeit in den Betrieben als Streikbrecher gegen die Arbeiter kämpfen. Mit der Arbeitsdienstpflicht aber wollen sie die Jung-erwerblosen vor den Kriegserben der Imperialisten spannen. Aber auch die Sozialdemokraten treten für die Arbeitsdienstpflicht als das „kleinere Übel“ ein. Die Sächsische Gewerkschaftsleitung berichtete über den Arbeitentzug des KPD, daß die Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich zwar abzulehnen sei, mit Rücksicht auf die dringende Notlage aber für ungelernete junge Arbeitslose eingeführt werden müsse.

Darin erschöpfen sich im allgemeinen alle die Vorschläge, die zur sogenannten Arbeitsbeschaffung gemacht werden. Und auch das Problem der Randbeschäftigten an der Peripherie der Städte kann nicht im entferntesten eine Existenzmöglichkeit für Erwerblose schaffen. Auch hier haben wir eine Einigkeit von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten.

Wir legen den Arbeitern drinnen im Saal, daß nicht Arbeitsdienstpflicht, nicht Randbeschäftigung aber auch nicht der vom Reichstagsrat vorgeschlagene Weg Arbeit und Brot bringen kann. 40-Stunden-Woche — sowohl, aber nur bei vollem Lohnausgleich, ohne dem die Arbeitslosenverfänger aus neuen Lohn-abbau und damit die weitere Verschlechterung der sonstigen Lage der Arbeiterklasse bedeutet. Deshalb organisieren wir im Rahmen unserer Forderung zur Arbeitsbeschaffung den Kampf um die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Gewerkschaftsführer gegen die um Arbeit und Brot kämpfenden Arbeiter

Die letzte Lohnabstimmung, die auch von der Schieds-regierung auf das weitgehendste isoliert wird, beweist, daß alle Arbeiter auf die Arbeitsbeschaffung in der Nazis in ihr Gemüte verlehrt werden. Die Bauarbeiter haben auf den unerbittlichen Vorkauf mit dem Streik geantwortet. Der Bauarbeiter- bund aber denkt gar nicht daran, diesen Kampf zu unterstützen und die noch in Arbeit lebenden Bauarbeiter in den Streik zu führen.

In Leipzig haben gestern die Kollegen des Baugewerksverbandes und des Zimmererverbandes zugestanden, daß sie bereits seit 14 Tagen von dem geplanten Lohnabbau Kenntnis hatten. Sie haben den Bauarbeitern von dieser Tatsache kein Stillschweigen gelassen, um die Kampfhandlung unmöglich zu machen. Ja, sie gehen sogar noch weiter und erklären, daß die Bau-arbeiter während der letzten tariflosen Zeit für den abgekauften Lohn arbeiten lassen, so sie erst, nach dem gefassten Schieds- spruch den ausgefallenen Lohn nachträglich erhalten würden. Das charakterisiert die Vorfälle, die auch hier die sozialdemokratischen Führer über die Arbeitsbeschaffung machen.

Nicht für Arbeitsbeschaffung aber für Bankrottierung in Geld da

Der Landtag hat eine Reihe unserer Anträge zur Arbeits- beschaffung beschlossen, aber die Schiedsregierung denkt nicht daran, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Wir stellen unsere Anträge nicht deshalb immer wieder, weil wir die Annulla- tion hätten, daß diese Regierung etwas Ernsthaftes zur Arbeits- beschaffung tun werde.

Der Finanzminister des Schiedsregiments verrät uns da- hinter, daß angeblich kein Mittel zur Arbeitsbeschaffung vor- handen wären. Wir verweisen nur auf die Tatsache, daß die Minister der Schiedsregierung, die Ministerialräte und die per- sönlichen Generäle in die Kassen verfrachten, deren Ab- zug Mittel freimachen würde. Wenn der gewaltige Kassen- zug für die Schiedsregierung bei der Regierung im letzten Jahre 2 Milliarden an die Kasse gräbt, und Millionen wurden zur

Bankrottierung der Banken ausgegeben, Gelder, die für die Arbeits- beschaffung Verwendung finden könnten, wenn eben nicht diese Regierung aus ihr Mandat ausführende Organe des Kapitalis- mus wären.

Der Kampf um Sozialismus bringt Arbeit

Unsere Arbeitsbeschaffungsanträge können nur von den be- liehen Massen der Werttätigen im Lande realisiert werden. Im außerparlamentarischen Kampf für die Forderungen der Kommu- nistischen Partei- und Revolutionären Gewerkschaftsopposition werden die Massen Arbeit und Brot erzwingen. Das Beispiel der riefigen Entwicklung der sozialistischen Weltkraft der Sowjetunion liefert den Massen der Arbeiter den Beweis, daß sie auch in Deutschland den Kampf um die Arbeitsbeschaffung erfolgreich bestehen können, wenn sie den Kapitalismus überwin- den. Wir erinnern immer wieder an den letzten Aufruf des Zentralkomitees unserer Partei, in dem wir ausdrücklich zum Vor- wand gebracht haben, daß wir mit allen Organisationen zusam- mengehen werden, in denen Arbeiter organisiert sind und die den Willen haben, für die Forderungen des werttätigen Deutschlands zu kämpfen.

Für die Sozialdemokratie begründet hierauf der KPD- Führer einen Antrag, monach der Landtag beschließen solle, auf den Reichsmittelhaushalt und die Reichsregierung ein- zuwirken, um im Sinne der KPD-Vorschläge Arbeitsmöglich- keiten zu schaffen. Dieses nichtlagende Manöver wurde auch so- fort durch die Tatsache charakterisiert, daß der Innenminister Richter im engen Zusammenhange mit der SPD-Fraktion positi- v, unsere Anträge dem Ausschuss zu überstellen, den der SPD aber zu beraten und abzustimmen.

Es liegen noch eine Reihe deutshationaler Anträge zur Debatte in denen unter Anlehnung an unsere Arbeitsbeschaf- fungsanträge einzelne Teilfragen für kleinere Industriezweige behandelt werden, ohne zentrale Hilfsmittel vorzuschlagen.

Wichtig war die Feststellung des volkstonservativen Abge- ordneten Zitzsche, der im Zusammenhang mit den Finanzier- ungsprojekten darauf hinwies,

daß die Sowjetunion als einziges Land der Welt noch im Stande wäre, Millionenaufträge an das Ausland zu ver- geben und daß Deutschland trotz klein müßte, von diesen Auf- trägen in hohem Maße profitieren zu können.

Vor der Generalsdiktatur in Deutschland

Der Vertreter des IG-Forstentruß, Reichswirtschaftsminister Warmbold, zurück- getreten. Vor der Regierungsumbildung unter Einbeziehung der Nazis

Berlin, 4. Mai 1932

Die beiden, noch in dieser Woche herauskommenden Notverordnungen gegen die antisozialistischen Arbeiterorga- nisationen sind die Brüden, die von der Brüningregierung im engen Einvernehmen mit Hindenburg geschlossen wur- den, um den Nazis den Einmarsch in die Preußen- und Reichsregierung zu ermöglichen. Aber infolge der verstärkten Wirtschaftskrise, sind in der heutigen Brüningregierung Differenzen über die näch- sten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ausgebrochen. Dadurch bedingt, hat der Reichswirtschaftsminister War- mbold, der Vertrauensmann des IG-Forstentruß im Kabinett, gestern seinen Rücktritt erklärt. Warmbold, ein Schwager des Leiters vom Konjunkturinstitut, Wagemann, hat seinen inflationistischen Pläne eifrig befürwortet. Daß er gerade in diesem Augenblick zurücktritt, ist kein Zufall, sondern nur im Zusammenhang mit den Plänen der Reichswehr-Generalsität zu bewerten.

Für Chef der Reichswehr, v. Hammerstein und Herr v. Schleicher, der Allmächtige im Reichswehrmini- sterium, drängen eifrig auf eine Militärdiktatur, an der die Nazi-Offiziere vom Schlage Kochs maßgebenden Anteil haben sollen. Es scheint so, als ob Warmbolds Rücktritt der Vorkauf zur völligen Umbildung der Brüning- regierung nach rechts werden soll.

Die heutigen bürgerlichen Morgenblätter melden, daß es Brüning im Laufe des Dienstags gelungen sei, durch Verhand- lungen mit Hindenburg eine weitere Zeit für seine Regierung zu erhalten; um eine Kabinettskrise noch vor dem Zusammentritt des Reichstages am Montag zu verhindern. Nach diesen Vorles- sungen soll das heutige Brüningkabinett noch bis zur Paulaner Konferenz, die am 10. Juni beginnt, zusammengehalten werden, um außerpolitische Kompensationen zu vermeiden. An der Er- weiterung der Regierung unter Einbeziehung der Nazis könne aber nicht mehr gekümmert werden.

Das geht die SPD-Arbeiter an

Die bürgerliche Presse erklärt jetzt auch mit aller Offenheit, daß Hindenburg gemeinsam mit den höchsten Offizieren auf eine schnellere Ermächtigung der Justizialen Disziplinarmittel drängt. Während den SPD-Arbeitern von ihren „gepöbelten“ Führern eingeredet wurde, daß sie mit Hindenburg den „Führer- kapitalismus“ schlagen könnten, wenn sie ihn wieder als Reichsprä- sidenten wählen, wird jetzt berichtet, daß im Reichspräsidenten- palast selbst das Schicksal der SPD, das ja jetzt auch wieder rückgängig gemacht wird, hart verhandelt habe. Nach den Mit- teilungen aus der unmittelbaren Umgebung Hindenburgs war der Reichspräsident schon vor seiner Wiederwahl selbst mit dem diktatorischen Maßnahmen der Brüningregierung nicht zufrieden und will jetzt, getrieben auf den lauten Schreien revolutionärer Staatsfeinde, die ihm an die Generalsität der Reichs- wehr vorziehen. Die nach seiner Meinung unbedingt notwendige Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts soll nur noch hine- ausgehoben werden, worüber die bürgerliche Presse erzählt:

„Der Reichspräsident ist anscheinend der Auffassung beigetreten, daß es zweckmäßig sei, vor Beginn der Paulaner Reparationskonferenz nicht die den poli- tischen Stützpunkten entsprechenden neuen Be- setzungen innerhalb des Reichskabinetts vorzunehmen.“

Und die sozialistischen Führer haben sich bereits auf diese Entwicklung eingestellt, indem sie offen und unerbittlichen Hüllers Regierungsbeteiligung fordern, wie wir gestern mit dem Hülse aus der „Kämpferischen Volksstimme“ bemerken haben. Im nächsten ist die Rolle der SPD-Führer, deren Tätigkeit in diesen Tagen und Wochen hohes bürgerliche Gefahr ist, darin erschöpft, daß sie sich abwechselnd bemühen, die heutige Brüningregierung mit der Majorität der Reichspräsidenten zu umgeben, und die Notwendigkeit zu beweisen, Hitler an die Regierung zu lassen.

Wir unterlassen wollen es nicht, die Kommunisten beugen was nicht unter das Joch der Militärdiktatur, was sie von „Spezialregierung“ und „Schleicher-Kammerkette“ allein oder in Gemeinschaft mit den Nazis führen ausgeht werden.

Unter Appell richtet sich an alle Parteimitglieder besonders in den sozialdemokratischen Reihen, die nicht auf dem Stand vor

Gen. Mühlig sprach dann als kommunistischer Diskussions- redner zu den Ausführungen des Sozialdemokraten Kradt und der übrigen bürgerlichen Abgeordneten. Er betonte noch einmal, daß die Feststellung des Abgeordneten Fritzsche über die Auftrag- erteilung der Sowjetunion in Deutschland im Zusammenhang mit der hier geführten Arbeitsbeschaffungsdebatte symptomatisch sei.

Kradt hat die Arbeit befehlen, die Feststellungen unseres Genossen Freitenborn über den Vorkauf und die Haltung der KPD-Führer als Lüge hinzustellen. Ich frage:

Ist es Lüge, daß seit Jahren ein Lohnabbau den anderen jagt? Ist es Lüge, daß die Gewerkschaftsführer durch ihre Tolerierungspolitik und Arbeitsgemeinschaft den Vorkauf gefördert haben?

Ganze 2 Millionen für 700000 Arbeitslose

Wenn wir aus dem Munde der Regierung erfahren, daß sie im kommenden Etat ganze 2 Millionen für die 700 000 Arbeits- losen einlegen können, auf der anderen Seite aber von derselben Stelle erklärt wird, daß noch genügend Stellen für die Ein- mietung der Banken vorhanden sind, dann charakterisiert das die ganze Vorkaufspolitik mit der die Arbeiterklasse durch die lo- gnannte Staatliche Arbeitsbeschaffung getäuscht und betrogen werden.

Im Reichswirtschaftsrat wurde mit den Stimmen der SPD die Erweiterung der Arbeitsdienstpflicht auf alle Erwerblosen beschlossen. Damit bekennt sich die sozialdemokratische Partei- leitung zum Brüningprogramm. Wer die Notverordnungspoli- tik unterstützt, der braucht kein eigenes Arbeitsbeschaffungs- programm. Wer für Lohnabbau, Krüppelentzug und vierzig Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, wie die sozialdemokratischen Führer, eintritt, der ist gegen die Arbeitsbeschaffung.

Die Sozialdemokratie appelliert an die kapitalistischen Staat. Wir aber appellieren an die Massen der Arbeiter sich in der Not zu einen und im außerparlamentarischen Massenkampf rücksichtslos für ihre Forderungen zu kämpfen.

Die Verhandlungen des Landtags wurden nach der Rede des Genossen Mühlig auf Mittwoch, den 4. Mai, vormittags 11 Uhr vertagt.

Brüning, Hilfer und Schleicher freichen und nicht die Nazi- regierung herbeiziehen. Was ist erfolgsversprechend in Berlin, in Teltow begonnen, was zur Währungsreform werden; Die rote Einheitsfront der Proletariat, der Sozialisten was wird geschehen, wenn in den Betrieben und Stammpfählen der Proletariat aller Richtungen sich verständigen, wenn sie mo- bilisieren gegen die verhassten und offenen Militärdiktatoren, wenn sie den politischen Massen bereit vorbereiten.

Gewaltfame Besetzung Danzigs durch Polen geplant?

Zwei englische Blätter, „Daily Herald“ und „Daily Express“, brachten sensationelle Meldungen über einen polnischen Plan, Danzig in der Nacht zum 1. Mai vollständig in polnischen Besit zu nehmen. Frankreich soll im letzten Augenblick sich gegen diesen Plan erklärt haben. Polen behauptete in Danzig, daß polnische Kriegsschiffe aus Gdingen am Sonntag im Danziger Hafen eintrafen und die Besetzung Danzigs vornehmen würden. Der polnische Korridor sei vollständig mit polnischen Truppen voll- gestopft.

Als seine Quelle über diese Mafchen erregenden Vorhänge führt der Danziger Sonderberichterstatter des „Daily Express“ die „höchste Autorität in Danzig, die weder ein Pole noch ein Dan- ziger ist“ an. Es müßte sich nach dieser Formulierung um den Vorkaufskommissar Graf Gadow handeln.

Die englischen Korrespondenten halten ihre Behauptungen auch gegen ein energieloses Dementi der polnischen Regierung aus- recht. Denkbar ist, daß die aufgeputzten nationalsozialistischen Kräfte Polens eine solche gewaltfame polnische Invasion in Danzig plan- ten, nachdem sie in den letzten Wochen bereits eine ganze Reihe von Gewalttaten in Danzig verübt haben. Diese Nachrichten über Danzig sind ebenso wie der hitlerische Gewalttätigkeit in Wismar ein Warnsignal an das deutsche Prolet- tariat, seinen Kampf um die soziale und nationale Befreiung des deutschen Werttätigen entschlossen zu steigern, weil nur in einem freien sozialistischen Deutschland die Grenzen des Landes und die nationale Freiheit gesichert sind.

Zwei bulaarische Arbeiter erschossen

Gef. 2. Mai. Trotz des strengen Demonstrationverbotes ver- suchten die Kommunisten an vielen Stellen Massen demon- strationen. In den Dörfern Wraslaw und Toras mußte Militär herangezogen werden. Durch harte Schüsse wurden zwei De- monstranten getötet und mehrere verletzt.